

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsbildern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung

Heute 20 Uhr  
Jugendkundgebung  
im Keglerheim  
Volksversammlung  
im Odium  
Es sprechen:  
Arthur Becker, Max  
Bruno Siegel, Adl

7. Jahrgang

Dresden, Freitag den 26. Juni 1931

Nummer 123

Die „Arbeiterstimme“ enthält

## Diktator über Dresden!

Weitere Massenausplünderung und Faschisierung in Dresden auf Grund der Notverordnung mit Hilfe SPD und Nazis

### Bürgersteuer 700%, Lohn- und Sozialabbau

Heraus zum Massentampfbefehl mobil zum Massentreib für eure Forderungen

Wir sind in der Lage, heute über ein neues ungeheuerliches Verbrechen gegen die Dresdner Bevölkerung aufschreien zu können, für deren Verantwortlichkeit wir die volle Verantwortung übernehmen: Für Dresden steht die Einsetzung eines Kommissars, eines Diktators auf Grund der Notverordnung unmittelbar bevor! Seine Aufgabe besteht darin, unter Ausschaltung des Stadtparlaments alle Auswirkungen der Finanzpolitik, die eine Folge des kapitalistischen Systems und der kapitalistischen Wirtschaft sind, auf die arbeitende Bevölkerung Dresdens abzuwälzen.

#### Die Massen sollen bluten

Die erste Maßnahme wird der Kommissar (die Pläne dafür werden bereits ausgearbeitet) diktieren:

1. Die Bürgersteuer wird bis auf 700 Prozent erhöht (bis jetzt waren 450 Prozent geplant). Zahl jetzt ein Arbeiter für sich 6 Mark und für seine Frau 3 Mark, zusammen 9 Mark jährlich Bürgersteuer, so muß er nach dem Diktator 7 mal soviel, also 63 Mark bezahlen! Wehlich der Beamte, Angestellte und Kleingewerbetreibende.
2. Die Kürzung der Fürsorgegelder, die nach dem letzten Entwurf 65 Millionen Mark betragen soll, wird mit Hilfe der Gemeindefinanzverwaltung angeordnet. Der Fürsorgeempfänger, der jetzt 1. B. 12 Mark die Woche hat, bekommt dann weniger Prozent weniger, also nur 9,60 Mark. Der Diktator beschließt auch weitere Kürzungen durchzuführen.
3. Die Steuer wird weiter erhöht!

Der Kommissar wird erklären, daß nicht genügend Geld zur Auszahlung der Löhne und Gehälter für die von der Stadt Beschäftigten vorhanden ist, und die Einparung von 2 Millionen Mark an den Dresdner Gemeindefinanzverwaltungen diktieren. Das macht bei den 7007 Gemeindefinanzverwaltungen 284 Mark Abbau jährlich pro Mann, d. h. monatlich werden jedem Dresdner Gemeindefinanzverwalter über 3 Mark weniger ausbezahlt!

Weitere Maßnahmen, insbesondere gegen die Mieter, werden folgen. Tallarionen? Silberstreifen? Nein! Hunger.

#### Diktator auf Grund der Notverordnung

Die Einsetzung des Kommissars wird von Brünning im Einvernehmen mit Schick auf Grund der neuen Notverordnung, Kapitel 9, § 3, erfolgen. Dort heißt es:

„In der Ausführung der Ausgaben einer Gemeinde die Einnahmen, so hat die Staatsaufsichtsbehörde dahin zu wirken, daß der Ausgleich durch Senkung der Ausgaben erreicht wird. Soweit das möglich ist, hat die Staatsaufsichtsbehörde dafür zu sorgen, daß alle zur Erhöhung der Einnahmen erforderlichen und zulässigen Maßnahmen ergriffen, insbesondere die gezielte und gezielte oder vorgeschriebene Steuern sämtlich und in vollem Umfang ausgenutzt werden. Vereinzelt oder unterteilt eine Gemeinde die dazu erforderlichen Maßnahmen, so kann die Staatsaufsichtsbehörde diese Maßnahmen an Stelle der Gemeinde entweder selbst treffen oder durch einen besonderen Beauftragten (Staatskommissar) treffen lassen. Soweit und solange es die Durchführung der Maßnahmen nötig macht, kann die Verwaltung der Gemeinde an Stelle der selbständigen Gemeindebehörde dem Staatskommissar übertragen werden.“

Diese Einsetzung bedeutet nicht nur harte Ausplünderung, sondern zugleich faschisierende Politik. Daran wies in letzter Zeit Genosse Thälmann hin, als er in seiner Rede im Zentralkomitee der KPD im Januar 1931 darlegte:

„Welches sind die wichtigsten Tatsachen, in denen sich der Übergang der Bourgeoisie zu faschistischen Herrschaftsmethoden ausdrückt? ... Die kommunale Demokratie“ ist nahezu völlig abgeschafft. An Stelle der selbständigen Finanzverwaltung der städtischen und sonstigen Kommunalparlamente sind in

nahezu allen wichtigen Städten von oben eingesezte Staatskommissare getreten, die diktatorisch, ohne Rücksicht auf die kommunalen Mehrheiten und ihre parlamentarischen Beschlüsse vorgehen.“

#### Diktaturfront von Nazis bis zur SPD

Die Einsetzung des Kommissars wird von den bürgerlichen Parteien, einschließlich SPD und NSDAP, eifrig gefördert. Sie sind für die Bürgersteuer usw., fürchten aber, durch Zustimmung

im Stadtparlament sich vor den Massen offen zu demaskieren. Der Diktator soll ihnen also den Massendruck erleichtern und zugleich die Massen im Interesse des Kapitals ausplündern. Ob Nazi oder ein anderer reaktionärer Diktator wird, ist neben-sächlich.

Die bürgerlichen Parteien schieben erst einmal die Deutschenationalen vor, besonders den Stadtverordneten Leske. Die Volkspartei und Nazis arbeiten offen mit Leske zusammen; die SPD unterstützt sie alle. Die Kundmachung der KPD-Fraktion in den letzten Stadtverordnetenversammlungen durch die reaktionäre Einheitsfront von SPD-Nazi bis Hugenberg-Leske war Vorbereitung für die Einsetzung der Kommissar-Diktatur. Die SPD erweist sich, wie überall, als Hilfspolizei und Wegbereiter des Faschismus.

Gegenüber der Ausplünderung und Faschisierung hat die KPD im Rahmen ihres Arbeitsbeschaffungsplanes einen Plan im besonderen für Dresden herausgearbeitet, der von der Betriebsrätekonferenz bereits im März 1931 beschlossen wurde. Er lautet:

### Kommunistischer Arbeitsbeschaffungsplan für Dresden

Millionärsteuer in Dresden ergibt 39 Millionen

1. a) Keine Erhebung der Bürgersteuer, Musikinstrumentensteuer einschließlich der Zuschläge;  
b) Biersteuer, Getränkesteuer müssen im Haushaltplan gestrichen werden;  
c) alle im Haushaltplan eingelegten Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer werden nicht erhoben;
2. a) Streichung aller Polizeizuschläge in Höhe von 3 Millionen;  
b) Streichung der Mittel für die Staatstheater in Höhe von 1 Million;  
c) Streichung der Mittel für die Putschpolizei;  
d) Streichung der Mittel für Festen und Empfang;  
e) Streichung der Ausgaben für bürgerliche und sozialistische Organisationen und Einrichtungen;  
f) Kürzung aller Gehälter und Ruhegehälter bis zum Höchstgehalt von 500 Mark monatlich;
3. Einführung von Besteuerungen:  
a) Einführung einer Millionärsteuer;  
b) Sonderbesteuerung aller hohen Einkommen, Vermögen und Erbschaften von 20 000 Mark an;  
c) Einführung einer Wohnungssteuer für alle Wohnungen von 1000 Mark und mehr Friedenstraße, gestaffelt von 25 bis 100 Prozent zugunsten des Wohnungsbaues.
4. a) sofortige Einführung des Siedentages bei vollem Lohnausgleich für alle in Gemeindebetrieben Beschäftigten;  
b) Gewährung von jährlich 3 Wochen bezahltem Urlaub für alle Arbeiter und Frauen;  
c) Beteiligung des Arbeitskollektivs in jährlichen Betrieben und Bauwerken;
5. Zur Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen Vorkriegslohn wird gefordert:  
a) alle Arbeiter, die mittelbar oder unmittelbar an Streiks oder Auspöhrungen beteiligt sind, erhalten Unterstützung durch die Stadt, in der Höhe der geforderten Einheitslohnunterstützung;  
b) für sämtliche im Kampf befindlichen Arbeiter werden die Gas- und Stromrechnungen erlassen;
6. die bestehende Wohlfahrtsarbeit (Hilfsarbeit) ist sofort zu beenden; alle Arbeiter werden im freien Arbeitsverhältnis nach den gültigen Tarifen ausbezahlt;
7. Einführung einer einheitlichen Fürsorgeunterstützung nach folgenden Unterhaltungsätzen:  
a) monatlich für jedes Ehepaar 110 Mark, monatlich für jedes Kind 40 Mark, pro Monat für alleinstehende Personen mit eigenem Haushalt 85 Mark, pro Monat für alleinstehende Personen ohne eigenen Haushalt 70 Mark;  
b) Zahlung des Differenzbetrages der Erwerbslosenunterstützung bis zur Höhe obgenannter Unterhaltungsätze durch die Stadt;
8. a) Fürsorgeunterstützung und Beihilfen sind nicht rückzahlbar;  
b) sofortiger Bau von 8000 Arbeiterwohnungen im Einsatzjahr 1931/32 unter Anzapfung der Mittel nach Einkommen und sozialer Lage;
9. a) Ausbau und Erweiterungsbau der bestehenden Volkshäuser;  
b) unentgeltliche Schulung und völlige Vermittlung für alle Kinder der Hinterbliebenen, deren Einkommen nicht über 4000 Mark jährlich beträgt;
10. Einführung einer Arbeiterwohlfahrtskasse bei der Straßenbahn AG, pro Fahrt 10 Pf., auch Umsteiger 10 Pf., Beihilfen und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren erhalten auf die Wohnkosten 50 Prozent Ermäßigung. Dem Gewerbetreibenden ist zur und von der Kontrollstelle freie Straßenbahnfahrt zu gewähren;
11. Einstellung des Strom- und Gaspreises nach den sozialen Verhältnissen der Arbeiter; Unterstützungsempfänger erhalten Strom und Gas unentgeltlich geliefert.

Es gibt in Dresden 3 Millionen mit mehr als 5 Millionen Mark Vermögen, 5 mit mehr als 2 1/2 Millionen Mark Vermögen,

31 mit mehr als 1 Million Mark, 118 mit mehr als 1/2 Million Mark, 320 mit mehr als 1/4 Million Mark und 1468 Personen mit mehr als 100 000 Mark Vermögen. Bei einer Besteuerung von 20 Prozent würden herbeikommen:

Von 3 Vermögen über 5 000 000 RM	= 3 000 000 RM
Von 5 Vermögen über 2 500 000 RM	= 2 500 000 RM
Von 31 Vermögen über 1 000 000 RM	= 6 200 000 RM
Von 118 Vermögen über 500 000 RM	= 11 300 000 RM
Von 320 Vermögen über 250 000 RM	= 16 000 000 RM
Das sind rund 39 000 000 RM	

Würden dann noch die Vermögen mit mehr als 100 000 RM mit 10 Prozent besteuert, so kommen noch 14 680 000 RM ein. Diese beiden Summen ergeben zusammen 53 680 000 RM.

#### Massentampfbefehl gegen Notverordnung

Der Kampf für die Durchsetzung des Arbeitsbeschaffungsplanes ist zugleich ein Kampf gegen die Notverordnung und Faschisierung, für die Beilegung des verrotteten kapitalistischen Systems, für die soziale und nationale Befreiung des Volkes, für ein sozialistisches Deutschland!

Die Volkspartei für Arbeit, Brot und Freiheit, die von der KPD organisiert wird, wächst mächtig an. Heute melden wir, daß in Weipolitz, Halle und Merseburg der Arbeitsbeschaffungsplan in verschiedenen Punkten angefaßt den gewaltigen Massenaufruf beschlossen wurde. Was in Mitteldeutschland zu erreichen war, muß auch in Sachsen und in Dresden erzwungen werden.

Die Kommissar-Diktatur bedeutet Generalalarm für die gesamte wertvolle Bevölkerung Dresdens. Keinen Augenblick darf mit dem Gegenantritt verzögert werden. Sofort Betriebs-, Stempel-, und öffentliche Versammlungen! Sofort Kampfschlüsse. Streikführung in allen Betrieben! Die Antwort der Betriebe muß der Streik sein!

39 Millionen oder 500 000 wertvolle Männer und Frauen — wir wollen leben, wir kämpfen!

Heraus zum Volkskampf, geht mit der KPD und ihr Organ, die „Arbeiterstimme“!

Montag 20 Uhr im Keglerheim große Betriebsräte-Konferenz für Dresden!

### „Einstündiger Proteststreik am 1. Juli“

Eine Delegiertenversammlung der HfA-Arbeiter in Staaken bei Berlin nahm eine Resolution zur Notverordnung an, in der es am Schluß heißt:

„Die HfA-Arbeiter in Staaken begrüßen den Wehrlauf der zentralen Kampfleitung sowie zahlreicher Betriebe, das Inkrafttreten der Notverordnung mit dem Massentreib zu beantworten. Sie beschließen, am 1. Juli in der Zeit von 3 bis 4 Uhr nachmittags einen einständigen Proteststreik gegen die Notverordnung, für den Arbeitsbeschaffungsplan der KPD durchzuführen, sowie sich an den Massenversammlungen der Betriebsräte und Erwerbslosen in diesen Tagen zu beteiligen.“